

Aufrüsten bis an die Zähne: Kriegstreiber planen gigantisches Sondervermögen

4 Mär. 2025 06:00 Uhr

Kaum sind die ersten 100 Milliarden verbraten, beraten Union und SPD über ein neues, vielfach höheres Bundeswehr-"Sondervermögen". Zugleich wollen sie den Sozialstaat weiter einstampfen. Die profitierende Rüstungsindustrie freut sich über satte Gewinne und erpressbare Arbeitslose.



Quelle: Gettyimages.ru © Mohssen Assanimoghaddam/picture alliance
Symbolbild: Marder-Kampfpanzer am 10.10.2018 in Emden

Von Susan Bonath

Verdoppelte Militärausgaben genügen den neuen deutschen Kriegstreibern nicht. Das erst Mitte 2022 auf den Weg gebrachte 100 Milliarden Euro schwere "Sondervermögen" ist längst verplant oder versickert, vermutlich eher Letzteres. Denn glaubt man der Propaganda, hatte all das Geld kaum Auswirkungen auf den Zustand der Bundeswehr. So wird nun sichtbar, was sich seit Monaten abzeichnet: Die voraussichtlich künftigen Koalitionspartner Union und SPD beraten Berichten zufolge schon über neue Sonderbudgets, eins davon fürs deutsche Militär, das ein Vielfaches von dem aufgebrauchten Geld betragen soll.

400 Milliarden für Rüstung

Wie die Nachrichtenagentur *Reuters* am Wochenende [berichtete](#), debattieren CDU/CSU und SPD über zwei neue Sonderfonds in gigantischer Höhe: bis zu 400 Milliarden Euro für die Bundeswehr und 500 Milliarden für "Infrastruktur". *Reuters* berief sich auf Angaben von "drei mit der Angelegenheit vertraute

Personen" und erwähnte "Ökonomen", welche die Parteien bei den vergangene Woche aufgenommenen Sondierungsgesprächen beraten.

Als Grundlage dient den Parteien laut [Tagesschau](#) überdies ein Vortrag des seit Ende 2024 amtierenden Finanzministers Jörg Kukies zur Haushaltslage. Interessant ist der Werdegang dieses SPD-Politikers: Ab 2000 arbeitete er für den US-amerikanischen Finanzkonzern Goldman Sachs in London und Frankfurt am Main, schaffte es zum Manager und ab 2010 zum "Partner". Im Jahr 2018 holte Olaf Scholz, damals Finanzminister, ihn als Staatssekretär in sein Haus, 2021 ließ er Kukies ins Kanzleramt wechseln. Demnach solle ein neues 400-Milliarden-Euro-Bundeswehrvermögen "auch ein Signal an den russischen Präsidenten Wladimir Putin senden."

Das inzwischen restlos verplante 100-Milliarden-Paket fürs Militär hatte der [Bundestag](#) im Juni 2022 beschlossen. [Vergangenes Jahr](#) sollten rund 20 Milliarden Euro davon zusätzlich in den Verteidigungshaushalt fließen, um das Budget auf 72 Milliarden Euro zu erhöhen. Diese Angaben erfassen allerdings nicht alle Ausgaben. Im vergangenen Sommer [freute sich](#) die NATO über 90,6 Milliarden Euro, die Deutschland 2024 in die Aufrüstung pumpen werde.

Milliardenpakete noch schnell durchboxen

Union und SPD machen demzufolge kräftig Druck, die dafür nötigen Milliardenkredite politisch zu legitimieren. Denn nötig ist dafür eine Zweidrittelmehrheit, weshalb sie darüber noch im alten Bundestag abstimmen lassen wollen. Gefürchtet werde die künftige neue Zusammensetzung des Parlaments: Die Linke und die AfD verfügen dann über eine sogenannte Sperrminorität.

Das bedeutet, dass die Fraktionen der Linkspartei und der AfD zusammen eine Zweidrittelmehrheit verhindern könnten. Wobei sich die AfD grundsätzlich für Aufrüstung ausspricht, aber schon 2022 gegen das erste Sondervermögen stimmte. Sie wollte damals mit einem eigenen Antrag dem Budget nur unter der Bedingung einer [Extraregelung](#) für mehr Kontrolle grünes Licht gegeben, womit sie erwartbar scheiterte. Für so ein Sondervermögen außerhalb des normalen Bundeshaushalts gilt die viel beschworene Schuldenbremse nicht. Nach einem Parlamentsbeschluss könnten die nötigen Kredite aufgenommen werden.

Söder will Panzer, Atomwaffen und mehr

Die Kriegstreiber rühren derweil weiter ihre Propagandatrommeln, die Union bereitet sich damit auf die Regierungsübernahme vor. So rief der designierte Bundeskanzler Friedrich "BlackRock" Merz (CDU) letzte Woche nach einem "nuklearen Schirm für Europa" und kündigte an, mit Frankreich, Großbritannien und weiteren Ländern über [atomare Aufrüstung](#) verhandeln zu wollen.

Der CSU-Chef und bayrische Ministerpräsident Markus Söder legte am Wochenende nach. Er forderte eine "Vollausstattung für die Bundeswehr" und ging dabei tief ins [Detail](#):

"Dazu gehören eine Drohnen-Armee mit 100.000 Drohnen, 800 neue Panzer sowie 2.000 Patriots und 1.000 Taurus nur für Deutschland als ein Schutzschild nach der Art des Iron Dome", sagte er.

Letzterer ist Israels bodengestütztes System zur Abwehr von Raketen, Artillerie- und Mörsergranaten.

500 Milliarden für panzerfeste Straßen?

Interessant ist überdies, dass CDU/CSU und SPD das anvisierte 400-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr zeitgleich mit einem bis zu 500 Milliarden Euro schweren Paket gleicher Art für die Infrastruktur ins Gespräch bringen. Dass die deutsche Infrastruktur wo immer man hinschaut – ob Krankenhäuser, Bahn, Schulen, Straßen oder Brücken – verrottet, weil jahrzehntelang zu wenig investiert wurde, ist unstrittig.

Fraglich ist jedoch, für welche Infrastruktur das viele Geld dann ausgegeben werden soll. Immerhin liegen schon seit Jahren Pläne [in den Schubladen der EU](#), die Straßen, Brücken und Schienennetze fit für den Transport von Panzern und anderem schweren Militärgerät zu machen. Streit gab es vor sieben Jahren noch über die Finanzierung in den einzelnen Ländern. Mit einem Sondervermögen von einer halben Billion Euro hätte dieser sich dann wohl in der Bundesrepublik erledigt.

Weitere Sozialkürzungen im Fokus

Das Münchner Ifo-Institut, das unter anderem für das Infrastrukturpaket plädiert, will gleichzeitig Sozialausgaben kürzen. Es forderte zum Beispiel kürzlich, das [Elterngeld](#) komplett abzuschaffen. Im vergangenen Jahr gab der [Bund](#) dafür rund acht Milliarden Euro aus – 0,9 Prozent von 900 Milliarden Euro, der Gesamtsumme beider diskutierter "Sondervermögen".

Die Union hetzt derweil in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit wie gewohnt gegen Bürgergeldbezieher, von denen tatsächlich viele ihren geringen Lohn aufstocken. Sie wettet gegen vermeintliche "Totalverweigerer", dringt darauf, das Bürgergeld wieder abzuschaffen, um dann noch härtere Hungersanktionen als bei Hartz IV einzuführen und die Regelsätze zu [drücken](#).

Dabei hatte das Bundesverfassungsgericht [2019](#) entschieden, dass Hartz IV, heute Bürgergeld, das Existenzminimum darstelle und Sanktionen von mehr als 30 Prozent verfassungswidrig seien. Für die Bürgergeldleistungen waren 2024 insgesamt knapp 30 Milliarden Euro im Bundeshaushalt einplant, für [2025](#) nur noch 25 Milliarden Euro – das sind knapp drei Prozent der Gesamtsumme der anvisierten Sonderpakete.

Rüstungskonzerne kassieren

Grund zum Feiern hat indes die deutsche Rüstungsindustrie. Der Aufrüstungswahn zulasten der sozialen Sicherheit füllt ihre Kassen wie noch nie, die Aktienkurse gehen gerade wieder durch die [Decke](#). Ein Anteilsschein von Rheinmetall zum Beispiel war am 3. März knapp 1.200 Euro wert, am 23. Februar 2022 wurde selbiger noch für 96,8 Euro gehandelt. Damit hat sich der Aktienkurs der Düsseldorfer Waffenschmiede binnen drei Jahren verzweifacht.

Erpressbare Arbeitslose für Rheinmetall & Co.

So sieht das *ZDF* folgerichtig die Rüstungsbranche bereits als neuen "[Jobmotor](#)", um der deutschen Wirtschaft wieder auf die Sprünge zu helfen. Da kommt, etwas zynisch ausgedrückt, das wachsende Arbeitslosenheer doch wie gerufen: Wer als Erwerbsloser Frieden will und es sich deshalb wagen sollte, so ein "Jobangebot" in einer Waffenschmiede abzulehnen, wird künftig einfach auf null gesetzt, wenn sich CDU und CSU mit ihren Vorstellungen durchsetzen. Erpressbare Arbeitslose waren schon immer unverzichtbar fürs Geschäft.

Die Merz-Union kann sich schon jetzt der mehrheitlichen Zustimmung für die geplanten sozialen Repressionen sicher sein – mindestens auch von einem Teil der Opposition.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.